

Der Kampf um die neuen Kampfjets

Ab 2025 soll die Schweiz neue Armeeflieger erhalten. Die Expertengruppe des Bundes hat nun ihre Varianten für den künftigen Schutz des Luftraumes präsentiert. Sicherheitspolitiker sind sich darüber uneins.

VON MICHEL BURTSCHER

BERN Die Debatte um die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für die Schweizer Luftwaffe ist lanciert: Gestern hat die von Verteidigungsminister Guy Parmelin eingesetzte Expertengruppe «Neues Kampfflugzeug» in Bern ihren Bericht dazu präsentiert. Sie erachtet den Kauf neuer Kampfjets demnach als dringend, weil die Schweiz sonst die Fähigkeit verlieren würde, ihren Luftraum selbst zu schützen. «Zum Kauf neuer Kampfjets gibt es keine Alternative», sagte Claude Meier, Divisionär und Leiter der Expertengruppe. Diese stellt mit ihrem Bericht vier Varianten zur Diskussion, die unterschiedlich viel Schutz bieten: mit 20, 30, 40 oder 55 bis 70 Flugzeugen. Damit soll die heutige Flotte, die aus 30 F/A-18 und 26 Tiger F-5 besteht, ersetzt werden.

Gleichzeitig soll ein neues System zur bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) angeschafft werden. Kostenpunkt für alles zusammen: je nach Variante zwischen 4 und 18 Milliarden Franken. Verteidigungsminister Parmelin hat sich gestern noch nicht zu den verschiedenen Varianten geäußert. Der Bundesrat wird aber voraussichtlich noch bis Ende des Jahres entscheiden, in welche Richtung es gehen soll. Im Jahr 2020 soll dann der Typenentscheid fallen, 2022 wird dem Parlament der Beschaffungskredit unter-



Es gibt mehrere Varianten für den Ersatz der heutigen Flotte, die aus F/A-18- (im Bild) und Tiger-F-5-Kampfjets besteht. Bild:Key

breitet. So könnten die neuen Kampfjets ab 2025 in die Schweiz geliefert werden.

«Das reicht vollkommen aus»

Im Parlament herrscht jedoch keine Einigkeit darüber, wie viele Kampfjets es künftig braucht. Grundsätzlich geht es dabei auch um die Frage, was für eine Luftwaffe die Schweiz haben soll: eine, die sich vor allem auf luftpolizeiliche Aufgaben konzentriert, oder eine, die das Land zusätzlich auch in einem allfälligen bewaffneten Konflikt über längere Zeit schützen kann. Die Antwort auf diese Frage ist für die Thurgauer SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher klar: Für sie muss die Luftwaffe vor allem luft-

polizeiliche Aufgaben erfüllen können. Graf-Litscher favorisiert deshalb die Variante mit 30 Kampfjets. «Das reicht vollkommen aus.» Einen bewaffneten Konflikt, in dem die Schweiz ihren Luftraum über eine längere Zeit schützen müsste, hält Graf-Litscher für unrealistisch: «Wir müssen vorbereitet sein auf terroristische Anschläge, aber sicher nicht auf einen Krieg mit einem anderen Land.»

Pro Maximalvariante

Ganz anders sieht das die Schweizerische Offiziersgesellschaft und forderte in einer Mitteilung gestern, dass 70 neue Kampfjets beschafft werden. Mit nur 30 Flugzeugen sei «keine glaubwürdige Grundbereitschaft zur Luft-

verteidigung mehr möglich». Fahrlässig werde damit in Kauf genommen, dass die Luftwaffe ihren verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen könne, heisst es in der Mitteilung weiter. Auch der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli findet, dass 30 Kampfflugzeuge zu wenig sind. «Die Aufgabe der Armee ist die Verteidigung», sagt er. Seiner Meinung nach brauchte es darum eigentlich 55 bis 70 neue Kampfjets. Dittli hält diese Variante aufgrund der Geldsorgen des Bundes im Moment aber für «politisch unrealistisch». Er spricht sich deswegen für die Variante mit 40 Kampfjets aus.

Nicht auf eine Variante festlegen will sich die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler. «Diesen

Entscheid muss der Bundesrat fällen», sagt sie.

Soll das Volk mitreden können?

Neben der Anzahl der Flugzeuge dürfte auch deren Finanzierung zu reden geben. Die Mehrheit der ebenfalls von Parmelin eingesetzten Begleitgruppe empfiehlt, den Kauf der Jets über den normalen Budgetprozess zu finanzieren. Damit wäre kein Referendum möglich wie damals bei der Beschaffung des Gripen. Die Vertreter von SP, CVP, FDP betonen jedoch, dass das Volk auch dieses Mal mitreden können müsse. Etwas anders sieht das der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter (siehe unten).

Weil in den kommenden Jahren bei der Armee weitere Beschaffungen anstehen, ist für Dittli klar: «Der jährliche Kreditrahmen muss in Zukunft höher sein als heute mit 5 Milliarden Franken.»

Die Debatte über die Höhe der Verteidigungsausgaben wird momentan auch in anderen Ländern geführt – spätestens seitdem US-Präsident Donald Trump mehr finanzielles Engagement von den Nato-Staaten in Europa gefordert hat. Diese haben sich verpflichtet, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Verteidigung auszugeben – die meisten Länder erfüllen diese Quote noch nicht. Die Schweiz ist via die «Partnerschaft für den Frieden» mit der Nato verbunden. Selber gibt sie gemäss dem schwedischen Friedensforschungsinstitut Sipri 0,7 Prozent ihres BIP für die Verteidigung aus. In einem Vorstoss forderte der Nationalrat Thierry Burkart (FDP/AG) den Bundesrat im März darum auf, das 2-Prozent-Ziel auch für die Schweiz zu prüfen. Der Bundesrat will davon jedoch nichts wissen: «Dieser Prozentsatz wäre finanzpolitisch derzeit nicht tragbar und sicherheitspolitisch aus gegenwärtiger Sicht auch nicht nötig», schreibt er in seiner Antwort.

Neue Flotte: Zusammen ginge es günstiger

Würde die Schweiz bei der Beschaffung neuer Kampfjets mit anderen Ländern zusammenarbeiten, hätte das finanzielle Vorteile. Doch es gäbe einige Hürden zu überwinden.

VON MAJA BRINGER

BERN Nicht nur die Schweiz will neue Kampfjets beschaffen. Finnland etwa will seine F/A-18-Flotte auch bald ersetzen. Würden die beiden Länder zusammenspannen, käme das günstiger: Die Kosten für die Evaluation könnten geteilt werden, und der Preis pro Flugzeug dürfte dank der höheren Stückzahl sinken. Die Expertengruppe des Bundes plädiert dafür, sich regelmässig mit Ländern auszutauschen, die ebenfalls ein neues Kampfflugzeug

sich aktuell die Frage nach neuen Kampfjets stelle, etwa Belgien und Finnland. «Belgien als Nato-Land hat aber andere Anforderungen als die Schweiz. Und Finnland ist im Prozess schon etwas weiter.» Es sei daher wenig wahrscheinlich, dass eine enge Kooperation zustande käme: «Das wäre ein Glücksfall.» Möglich wäre laut der Expertengruppe, nach der Beschaffung mit Ländern zusammenzuarbeiten, die denselben Flugzeugtyp besitzen. Dadurch könnte beispielsweise gemeinsam trainiert und ausgebildet werden. Das wäre «aus wirtschaftlichen Überlegungen äusserst sinnvoll», heisst es im Bericht.

Zusammenarbeit hat Vorteile

Soll die Schweiz bei der Wahl des Typs also darauf achten, ob ein anderes Land dieselbe Wahl trifft? «Das ist eines von vielen Kriterien», sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat und Pilot Thomas Hurter. Die Zusammenarbeit habe sicher Vorteile. Für gemeinsames Training ist Finnland in seinen Augen indes nicht der optimale Partner. «Mit Nachbarländern zu trainieren, ist aufgrund der Distanzen oft einfacher», sagt er. Die Zusammenarbeit sei aber nur ein Faktor von vielen.

Eine Absage erteilt die Expertengruppe des Bundes einer engeren Zusammenarbeit beim Luftpolizeidienst: Es sei nicht realistisch, den Luftraum zum Beispiel gemeinsam mit Österreich zu sichern. Damit dadurch gespart werden könnte, müssten die Stützpunkte in der Schweiz oder in Österreich aufgegeben werden. Dann jedoch hätten die Jets zu lange, um etwa vom Militärflugplatz Meiringen aus in Wien zu intervenieren.

«Bei einer Kooperation könnte man einiges an Ressourcen sparen.»

Eugen Bürgler
Aviatic-Experte

evaluieren – zum Beispiel Finnland. Ein gemeinsames Vorgehen hält die Expertengruppe aber kaum für möglich. Das bestätigt Aviatic-Experte Eugen Bürgler: «Man könnte einiges an Ressourcen sparen, wenn man bei der Evaluation und der Beschaffung eine Kooperation mit einem anderen Land eingehen könnte.»

Doch er sieht dafür mehrere Hürden. Zwar gebe es einige Länder, wo

Nachgefragt

«Das Volk wird nicht ausgeschlossen»

Herr Hurter, die Experten- und Begleitgruppe will die neuen Flieger über das Armeebudget beschaffen. Damit entfällt das Referendum, das Volk wird vom Entscheid ausgeschlossen. Warum halten Sie diesen Weg für richtig?

Thomas Hurter: Zuerst einmal: Das stimmt nicht. Das Volk wird auf diesem Weg nicht ausgeschlossen, es hat immer noch das Initiativrecht. Die Grundrechte bleiben also gewahrt. Zudem gibt es schlicht kein Finanzreferendum – nirgends, bei der Armee genauso wenig wie etwa bei der Entwicklungshilfe. Es war übrigens die SVP, die das Finanzreferendum bei allen Departementen vor Jahren einführen wollte. Das Parlament aber wollte nicht. Wieso soll das jetzt gerade bei der Armee eingeführt werden? Ausserdem soll das Volk über inhaltliche Fragen entscheiden. Etwa darüber, welchen Auftrag die Armee hat und ob es die Armee will oder nicht. Aber nicht über die Frage der Materialbeschaffung. Und nur darum geht es bei den neuen Kampfjets.

Mutet es demokratiepolitisch gesehen nicht seltsam an, nach dem Gripen-Nein nun das Volk nicht mehr über die Fliegerfrage entscheiden zu lassen?

Hurter: Finde ich nicht. Nochmals: Es geht hier lediglich um eine Materialfrage. Was ist der Unterschied zwischen einem Rucksack und einem Flugzeug? Keiner. Mit beidem wird ein Auftrag der Armee erfüllt. Und Sie wollen ja wohl auch nicht über jede Beschaffung eines Rucksacks abstimmen, oder?

Gerade bei der SVP wird der Wille des Volkes stets hochgehalten – um



Thomas Hurter
Schaffhauser
SVP-Nationalrat

als Beispiel nur die Masseneinwanderungs-Initiative zu nennen: Wann soll denn das Volk entscheiden und wann nicht?

Hurter: Wie ich bereits gesagt habe: wenn es um inhaltliche Fragen geht – will die Schweiz eine Armee, oder welchen Auftrag hat die Armee –, aber nicht bei reinen Materialbeschaffungen. Die Masseneinwanderungs-Initiative war übrigens eine Volksinitiative.

Im Gegensatz zur Gripen-Abstimmung geht es jetzt um die Frage, ob die Schweiz künftig überhaupt noch Kampfjets haben wird oder nicht, und damit im Grundsatz, ob unser Land noch eine Armee haben wird. Besteht da aufgrund dieses Drucks nicht die Gefahr, das Fuder etwa durch einen zu teuren Flieger zu überladen?

Hurter: Nein, diese Gefahr besteht nicht. Die Expertengruppe hat vier Optionen aufgezeigt, über die nun diskutiert werden muss. Das braucht eine sorgfältige Prüfung und somit auch Zeit.

Mit der Evaluation eines neuen Kampfjets soll so rasch wie möglich begonnen werden. Haben Sie bei den Typen einen Favoriten?

Hurter: Der Typ spielt keine Rolle. Wichtig ist erstens die Firma, die das

Flugzeug liefert. Sie muss eine gewisse Grösse und Verlässlichkeit haben, weil das Flugzeug erst in ein paar Jahren kommt und wir es dann für 30 bis 40 Jahre im Einsatz haben möchten. Zweitens muss das Gerät heute schon im Einsatz sein, damit Kinderkrankheiten ausgeschlossen werden können.

In den Berichten ist von 20 bis 70 Kampfflugzeugen die Rede. Das ist eine grosse Spannweite. Wie viele Kampfjets braucht die Schweiz?

Hurter: Als Antwort auf das Postulat Galladé hat der Bundesrat festgehalten, dass die Schweiz 55 bis 70 Kampfflugzeuge braucht. An dieser Grössenordnung des Bundesrates orientiere auch ich mich. Sie entspricht dem heutigen Wissensstand. Kampfflugzeuge müssen den Auftrag der Luftwaffe zu 100 Prozent erfüllen können, zudem müssen sie die Verfügbarkeit und die Durchhaltefähigkeit gewährleisten. Letztendlich resultiert eine Anzahl aus dem Auftrag, der Leistungsfähigkeit eines Flugzeuges und der gewünschten Durchhaltezeit. Nun gilt es, alle Optionen diesbezüglich sorgfältig zu prüfen – ich habe, Stand heute, noch keine Präferenz für eine davon. Das wäre verfrüht.

Bundesrat Maurer ist an der Beschaffung neuer Kampfjets gescheitert. Wird es Bundesrat Parmelin schaffen?

Hurter: Ich bin zuversichtlich. In unserem Land werden Sicherheit und Stabilität grossgeschrieben. Heute liegt zudem eine gute Grundlage für die Kampfjetbeschaffung vor.

Interview Anna Kappeler